

AUFSÄTZE

Die Überwindung des Vielparteienstaates. Vom Weimarer zum Bonner Modell*

Von Winfried Becker

Die Bundesrepublik Deutschland lässt sich als die erste vom Erfolg begünstigte Parteiendemokratie der deutschen Geschichte bezeichnen. Umso erstaunlicher mutet an, dass ihr erster und bisher wohl bedeutendster Bundespräsident, Theodor Heuss, in seiner Rede zum Amtsantritt 1949 die tragende Rolle der Parteien für den Staat nicht explizit erwähnte, sondern sich nur auf die Ideen Friedrich Naumanns berief: Diesem Gründungsvater des modernen Liberalismus verdanke er die Einsicht, dass die Demokratie und die Freiheit „lebensgestaltende Werte“ seien und „daß die Nation nur leben kann, wenn sie von der Liebe der Massen des Volkes getragen ist.“¹ Mit dieser Vorenthaltung eines ‚Masterplans‘ für den Aufbau eines demokratischen Parteienstaats übte sich der neue Bundespräsident wohl weniger in der eigenen Reserve gegenüber den demokratischen Parteien. Er dürfte vielmehr Rücksicht auf die in der Bevölkerung noch verbreitete Ablehnung der Parteien genommen haben. Die Parteiendemokratie von Weimar war gescheitert, der Begriff der Partei war zusätzlich dadurch diskreditiert, dass der Nationalsozialismus ihn monopolisiert und missbraucht hatte.

Wenn man einige gängige Definitionen zu Hilfe nimmt, sind demokratische Parteien durch vier Merkmale charakterisiert: 1) Partei, von lateinisch *pars*, Teil eines Ganzen, bedeutet, dass sich Menschen mit ähnlichen oder gleichen politischen Überzeugungen vereinigen und insofern vom Ganzen absondern, bis hin zur Verfolgung allein ihrer eigenen Interessen. 2) Parteien vertreten gleichwohl Ziele, die sich auf das Ganze der Gemeinschaft beziehen, der sie angehören; auch wenn sie zunächst eigene Interessen verwirklichen wollen, tun sie dies zur Förderung des Gemeinwohls, etwa durch das Eingehen von Partei-Koalitionen. 3) Parteien wollen ihre Ziele im Staat durchsetzen und darum die politische Führung erobern und möglichst nach ihren Vorstellungen

* Ausarbeitung des am 13.11.2009 auf dem Kongress „L’Europa di De Gasperi e Adenauer. La sfida della ricostruzione (1945–1951)“ im Italienisch-Deutschen Historischen Institut (Fondazione Bruno Kessler) in Trient gehaltenen Vortrags. Die italienische Fassung erscheint in der Publikation der Kongress-Vorträge.

1 Rede von Heuss im Plenarsaal des Deutschen Bundestages am 12.9.1949. Zitiert nach: Jürgen WEBER, *Die Bundesrepublik nimmt Gestalt an. Koalitionsfrage und Regierungsbildung*, in: Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit (Hg.), *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland*, Bd. 3, *Die Gründung des neuen Staates 1949*, München 1983, S. 167–198, S. 192f.

gestalten. 4) Parteien betrachten sich als Gleiche unter Gleichen, erkennen eine demokratische Verfassung oder Grundordnung an und verzichten darum darauf, ihresgleichen diktatorisch zu beherrschen oder zu unterdrücken.² Den erstrebten Aktionsradius können sie erreichen, wenn sie ins Parlament einziehen und die dafür notwendige Unterstützung durch den Wähler gewinnen.

Wirft man unter diesen Vorgaben einen kurzen Blick auf die Parteienlandschaft vor 1945, so fallen einige besondere Merkmale der deutschen Parteigeschichte ins Auge. Die deutschen Parteien organisierten sich trotz der monarchischen Struktur der deutschen Staaten. Sie bildeten erstmals Fraktionen in der Frankfurter Nationalversammlung von 1848. Später spiegelten sie deutlicher die politischen Meinungen und Tendenzen, die während des 19. Jahrhunderts im deutschen Staatesgefüge aufkamen und die als Elemente von dessen innerer Modernisierung angesehen werden dürfen. Vom Beginn des Kaiserreiches bis zum Ende der Weimarer Republik herrschte idealtypisch ein Vier-Parteien-Modell vor, das weithin weltanschaulich fundiert war: 1) die konservativen, nach 1918 die deutschnationalen Parteien, 2) die national- oder rechtsliberalen und die linksliberalen Parteien, 3) die katholische Deutsche Zentrumsparterie (auch: Verfassungspartei), 4) die sozialistischen Arbeiterparteien, ab 1890 vertreten durch die jetzt erst so genannte Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD); von dieser spalteten sich 1915–1917 die Unabhängigen Sozialisten (USPD) ab.³ Obwohl alle Parteien stark auf ihr Eigenleben und Milieu konzentriert waren und sich daraus eine gewisse Isolierung voneinander und zahlreiche Differenzen ergaben, war am Ende des Kaiserreichs die Trennlinie zwischen den Sozialdemokraten und den „bürgerlichen“ Parteien am schärfsten ausgeprägt.

Die deutschen Parteien hatten zwar im Kaiserreich keine Regierungserfahrung sammeln können, traten 1918/19 aber wegen der 1917/18 sich abzeichnenden Parlamentarisierung nicht gänzlich unvorbereitet in den demokratischen Staat ein. Außerdem war die Weimarer Republik durchgängig mit schweren innen- und außenpolitischen Krisen belastet. Dies begünstigte in Verbindung mit dem neu eingeführten Verhältniswahlrecht die Aufsplitterung der Parteien. Die Einführung des Proporzwahlrechts, nachdem das Mehrheitswahlrecht des Kaiserreichs als ungerecht empfunden worden war, hatte so unbeabsichtigt negative Folgen. Es förderte die Entfremdung der Parteien voneinander, während im Kaiserreich die gegeneinander antretenden Parteien

2 Vgl. die Definitionen bei Richard STÖSS (Hg.), *Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980*, Bd. 1, Opladen 1986, S. 24–26; vgl. Ulrich VON ALEMANN, *Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland* (Grundwissen Politik 26), Opladen 2000, S. 9–39; Uwe KRANENPOHL, *Mächtig oder machtlos? Kleine Fraktionen im Deutschen Bundestag 1949 bis 1994*, Opladen/Wiesbaden 1999, S. 15f.

3 Vgl. Thomas NIPPERDEY, *Deutsche Geschichte 1866–1918*, Bd. 2, *Machtstaat vor der Demokratie*, München 1998, S. 514–576.

gezwungen gewesen waren, vor den Stichwahlen Wahlvereinbarungen zu treffen, um ihren oder den aus ihrer Sicht nächstbesten Kandidaten durchzubringen oder gar „über jede trennende Kluft hinweg zu wählen.“⁴ Eine ausgesprochene Interessengruppe wie der Reichslandbund, der im Nordosten Deutschlands verankert war und nur einen Teil der Bauern repräsentierte, vertrat einen agrarischen Lobbyismus und verweigerte zudem der neuen Republik die Anerkennung, obwohl er auch verfassungstreue Vertreter in seinen Reihen zählte.⁵ Die stärkste, eindeutig auf dem Boden der Republik stehende Partei, die SPD, zeigte zu wenig Führungswillen und beteiligte sich zu selten an den Regierungskoalitionen. Ihre passive Haltung war wohl hauptsächlich von der Rücksichtnahme auf ihren radikalen Flügel verursacht. Dafür beteiligte sich eine andere verfassungstreue Partei, das Zentrum, permanent an den Reichsregierungen und verschrieb sich einer staatstragenden Politik der Mitte. Aber mit der geringen Stärke von nur etwa einem Sechstel der Wählerstimmen ausgestattet, konnte sie keinen dauerhaft bestimmenden Einfluss ausüben.⁶ Die Liberalen waren in die Deutsche Volkspartei, die Partei der deutschen Industriellen, und die links orientierte Deutsche Demokratische Partei aufgespalten. Nach 1920 wurden sie immer schwächer und konnten niemals mehr die parlamentarische Mehrheitsposition zurückgewinnen, die ihre Vorläufer mit dem Rechten und Linken Zentrum der Paulskirche 1848 und nach 1870 unter Bismarck eingenommen hatten. Zur Zersplitterung trugen auch größere Regionalparteien wie die Deutsch-Hannoversche Partei und die Bayerische Volkspartei bei, ebenso evangelische, national-konservative Gruppierungen: die Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei (1928–1932) und der Christlich-Soziale Volksdienst (1929); die Milieu- und Gesinnungsbindung dieser Parteien hätte unter anderen Umständen und für sich genommen ein stabilisierendes Element bilden können.⁷ Auch die unterschiedlichen Parteien-Koalitionen in den Ländern waren einer kontinuierlichen Regierungsbildung auf Reichsebene nicht dienlich. Die Bayerische Volkspartei (BVP) verweigerte bei der Reichs-

4 Beispiele bei Margaret Lavinia ANDERSON, *Lehrjahre der Demokratie. Wahlen und politische Kultur im Deutschen Kaiserreich*, Stuttgart 2009 (engl. Ausg. Princeton University Press, Princeton/New Jersey 2000), S. 519f.

5 Stephanie MERKENICH, *Grüne Front gegen Weimar. Reichs-Landbund und agrarischer Lobbyismus 1918–1933*, Düsseldorf 1998, S. 357–361.

6 1919 errang das Zentrum als zweitstärkste Kraft bei den Wahlen zur Nationalversammlung rund ein Fünftel der Mandate und 15,9 % der Stimmen, die SPD 37,9 %. Karsten RUPPERT, *Im Dienst am Staat von Weimar. Das Zentrum als regierende Partei in der Weimarer Demokratie 1923–1930*, Düsseldorf 1992, S. 29; vgl. Johannes SCHAUFF, *Das Wahlverhalten der deutschen Katholiken im Kaiserreich und in der Weimarer Republik. Untersuchungen aus dem Jahre 1928 von Johannes Schauff*, hg. von Rudolf MORSEY, Mainz 1975.

7 Vgl. Hans-Georg ASCHOFF, *Welfische Bewegung und politischer Katholizismus 1866–1918. Die Deutschhannoversche Partei und das Zentrum in der Provinz Hannover während des Kaiserreiches*, Düsseldorf 1987, S. 217f.

präsidentenwahl von 1925 dem Kandidaten des Zentrums, Wilhelm Marx, die Gefolgschaft, weil sie der langjährigen Zusammenarbeit ihrer Schwesterpartei mit der SPD in Preußen misstraute. Dies war eine Fehlentscheidung mit unermesslich schädlichen Folgen, weil Hindenburg es schließlich war, der Hitler zum Reichskanzler ernannte. Im Prinzip war der von der BVP propagierte Föderalismus angesichts der fortdauernden Hegemonie des übergroßen Preußen im Reich verständlich. Hier muss man jedoch zwischen den Grundsätzen und der Wirkung unterscheiden. Mit ihrer berechtigten föderalistischen Kritik erreichte die BVP wenig, stimmte aber in den polyphonen Chor derjenigen ein, die eine weitgehende Reform oder grundlegende Veränderung der Weimarer Republik forderten und damit das Ansehen des jungen Staatswesens, wie es nun einmal bestand, untergruben.

Die Funktionsfähigkeit der ersten deutschen Demokratie litt nicht nur unter der Zersplitterung der Parteien, sondern mehr noch unter zwei politischen Strömungen, die sich mit elementarer Wucht in der Bevölkerung ausbreiteten und einander unheilvoll ergänzten: Weite Kreise in der Industrie, unter den Landwirten, im Militär, in der Bürokratie und der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) trauerten der verflissenen Monarchie nach und verweigerten dem demokratisch-parlamentarischen Staat trotz äußerlicher Mitarbeit die Zustimmung.⁸ Diese Haltung bildete den Nährboden für eine andere, noch weit gefährlichere Einstellung. Die zwischen 1928 (2,6 %) und 1932 (37,4 und 33,1 %) ihre Mandate im Reichstag sprunghaft vermehrenden Nationalsozialisten ritten nationalistische Attacken gegen die Republik, stellten das „System“ von Weimar an den Pranger und bekämpften es mit den gewalttätigen Mitteln des Bürgerkriegs. Ihnen trat, was den Kampf gegen das „System“ betraf, die Kommunistische Partei Deutschlands an die Seite. Dieser doppelte Radikalismus von links und rechts höhnte den schwachen Parteienstaat von Weimar aus, wenngleich es die Nationalsozialisten waren, die im Verein mit den beachtlichen Resten der monarchistischen, autoritären und antidemokratischen Kräfte den Weimarer Staat stürzten und durch die Führer-Diktatur Adolf Hitlers und die jeden parteipolitischen Pluralismus ablehnende „Volksgemeinschaft“ ersetzen. Das „Gesetz gegen die Neubildung von Parteien“ vom 14. Juli 1933 „besiegelte den Einparteienstaat.“⁹ Von 1933 bis 1945 war

8 Eberhard SCHANBACHER, *Parlamentarische Wahlen und Wahlsystem in der Weimarer Republik. Wahlgesetzgebung und Wahlreform im Reich und in den Ländern*, Düsseldorf 1982, S. 212.

9 Eckhard JESSE, *Parteien in Deutschland. Ein Abriss der historischen Entwicklung*, in: Alf MINTZEL/Heinrich OBERREUTER (Hg.), *Parteien in der Bundesrepublik Deutschland*, München 1990, S. 40–83, hier S. 64; vgl. Christoph STUDDT, *Das Dritte Reich in Daten*, München 2002, S. 24.

der mit hörigen Nationalsozialisten besetzte Reichstag (seit 1938 Großdeutscher Reichstag) zum „Akklamationsorgan“ des Führerstaates degeneriert.¹⁰

Während 1918/19 das deutsche Volk ohne innere Vorbereitung und mit den erwähnten Reserven in die Republik aufbrach, blieb ihm nach der bitteren Erfahrung mit Diktatur und Krieg nur eine schwere Ernüchterung und die Hoffnung auf einen demokratischen, sich der sozialen Nöte der Menschen annehmenden Staat. Um dessen Parteien von vornherein ihrer Kontrolle zu unterwerfen und eine „antifaschistisch-demokratische Ordnung“ zu schaffen, d. h. die Grundlage für eine kommunistische Diktatur zu legen, ließ die Sowjetische Militäradministration am 10. Juni 1945 als erste der vier Besatzungsmächte wieder deutsche Parteien zu. Die Lizenzierung der Parteien in den drei Westzonen setzte etwas später, zuletzt in der Französischen Zone ein. Die US-Politik vollzog eine radikale Schwenkung, als sie nach dem Fraternalisierungsverbot (Verordnung JCS 1067, Verbot vom 7. Juli 1945) am 8. August 1945 ihre Militärbehörden anwies, deutsche Parteien in den unteren Verwaltungsbezirken der Kreise zuzulassen. Später ergingen nähere Richtlinien, die detailliert den demokratischen Aufbau der Parteien, die Kontrolle ihrer Programme, Statuten und Zusammenschlüsse vorschrieben.¹¹ Ohne große Bedenken entfernten die Besatzungsmächte missliebige Personen aus Partei- und Verwaltungssämtern, so den soeben erst eingesetzten Bayerischen Ministerpräsidenten Fritz Schäffer in der amerikanischen und den Kölner Oberbürgermeister Konrad Adenauer in der britischen Zone. Die bis Ende 1949 praktizierte Lizenzierung der Parteien und die Entnazifizierung hatten in den Westzonen drei wichtige Folgen: Das westdeutsche Parteiensystem trug die Spuren der anfangs nur auf Orts- und Kreisebene erlaubten (Wieder-)Gründungen, des Lokalismus. Das Verbot der NSDAP und ebenso konservativer, nationalistischer oder monarchistischer Sammlungsbewegungen verhinderte von Anfang an die Reorganisation starker nationalsozialistischer oder extrem nationalistischer Kräfte, die als Potential durchaus vorhanden waren. Und die Eingriffe der Besatzungsmächte wirkten vereinheitlichend auf das deutsche Parteiwesen. Das zuerst von den Sowjets in Berlin ins Leben gerufene Vier-Parteien-Modell umfasste die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, die Liberal-Demokratische Partei (LDP), die christlichen Unionsparteien und die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD). Es setzte sich in formeller Hinsicht auch in den Westzo-

10 Joachim LILLA (Bearb.), *Statisten in Uniform. Die Mitglieder des Reichstags 1933–1945. Ein biographisches Handbuch. Unter Einbeziehung der völkischen und nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten seit Mai 1924*, Düsseldorf 2004, S. 7*.

11 Daniel E. ROGERS, *Politics after Hitler. The Western Allies and the German Party System*, Basingstoke 1995, S. 31ff., S. 63ff.; Alf MINTZEL, *Besatzungspolitik und Entwicklung der bürgerlichen Parteien in den Westzonen (1945–1949)*, in: Dietrich STARITZ (Hg.), *Das Parteiensystem der Bundesrepublik. Geschichte – Entstehung – Entwicklung. Eine Einführung*, 2. Aufl., Opladen 1980, S. 73–89.

nen und dann in der Bundesrepublik durch, nur dass dort die KPD nach einiger Zeit wegfiel; diese von außen vorgegebene „Kanalisation“ entsprach dem Willen breiter Bevölkerungskreise, die der Weimarer Parteienzersplitterung müde waren.

„Nach Hitler – Wir!“ Dieses Rudolf Breitscheid zugeschriebene Wort aus dem Jahr 1932 lässt sich zur Kennzeichnung des Führungsanspruchs der SPD nach 1945 heranziehen.¹² Die gut organisierten Sozialdemokraten kehrten traditions- und selbstbewusst in die politische Arena zurück. Ende 1946 übertraf ihr Mitgliederstand in den drei Westzonen (701.449)¹³ den von 1931 erheblich; vergleichsweise hoch war ihre Mitgliederzahl in der Sowjetisch Besetzten Zone (SBZ). Die Funktionäre kamen sehr überwiegend aus der SPD der Weimarer Republik, doch traten der Partei nun auch Aktivisten aus linkssozialistischen Splittergruppen (Willy Brandt, Fritz Erler), Anhänger aus dem bürgerlichen Lager (Carlo Schmid, Adolf Arndt), der frühere Kommunist Herbert Wehner und junge Weltkriegsteilnehmer (Helmut Schmidt, Hans Matthöfer) bei. Die SPD sah sich besonders aufgrund der jüngst erlittenen Verfolgung durch das NS-Regime legitimiert, nun die politische Führungsrolle zu übernehmen. Dabei gingen allerdings die Konzepte schon für den eigenen Wiederbeginn weit auseinander: Festhalten an der alten SPD, Umgestaltung zu einer deutschen Labour Party oder Schaffung einer sozialistischen Einheitspartei, um endlich die Spaltung der Arbeiterklasse zu überwinden.¹⁴ Mit Kurt Schumacher, der am 9. Mai 1945 in Hannover zum Vorsitzenden gewählt wurde, gewann die SPD frühzeitig eine charismatische Führungsgestalt. Der ehemalige Landtags- und Reichstagsabgeordnete hatte zehn Jahre KZ-Haft erleiden müssen und sah sich nun in seinem politischen Weltbild bestätigt. Schon am 6. Mai 1945 erteilte er der Konzeption der „Einheitspartei“ mit der KPD eine „kompromisslose Absage“, die Kommunisten nannte er „rotlackierte Nazis.“ Ebenso eindeutig bekannte er sich zu Staat und Nation, zur Wiedergewinnung der deutschen Souveränität und zur Beseitigung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, der er die Schuld am Erfolg des Nationalsozialismus beimaß. 1946 mahnten maßgebliche Kräfte in

12 Theo PIRKER, *Die SPD nach Hitler. Die Geschichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1945–1964*, 3. Aufl., Berlin 1977, S. 15.

13 1948: 846.518, 1951: 649.529. Josef BOYER/Till KÖSSLER, *SPD. Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Mitgliedschaft und Sozialstruktur*, in: DIES. (Bearb.), *SPD, KPD und kleinere Parteien des linken Spektrums sowie die Grünen. Mitgliedschaft und Sozialstruktur 1945–1990. Handbuch zur Statistik der Parlamente und Parteien in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland*, Düsseldorf 2005, S. 31–734, hier S. 129.

14 Susanne MILLER, *Die SPD – die linke Volkspartei*, in: Heinrich POTTHOFF/Susanne MILLER, *Kleine Geschichte der SPD 1848–2002*, 8. Aufl. Bonn 2002, S. 173–284, hier S. 176–186; vgl. Franz WALTER, *Die SPD. Vom Proletariat zur Neuen Mitte*, Berlin 2002; Kurt KLOTZBACH, *Der Weg zur Staatspartei. Programmatik, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie 1945 bis 1965*, Berlin/Bonn 1982.

der SPD die Sozialisierung der Grundstoffindustrien, des Verkehrswesens, der Banken und Versicherungen sowie eine einschneidende Agrarreform an; diese sollte sich gegen die des Feudalismus und Kapitalismus bezichtigten „Großgrundbesitzer“ richten.¹⁵ Dass einige dieser Programmpunkte auf einen gewissen Anklang rechnen konnten, zeigte die Verabschiedung des Sozialisierungsgesetzes für den Kohlebergbau im Landtag von Nordrhein-Westfalen am 6. August 1948 mit den Stimmen der SPD, der KPD und des Zentrums bei Stimmenthaltung der Christlich-Demokratischen Union (CDU), während die Freie Demokratische Partei (FDP) dagegen stimmte und die englische Militärregierung ihr Veto gegen das Gesetz einlegte.

Zunächst hatte das „Zentralbüro“ Otto Grotewohls in Berlin dem Büro Hannover Kurt Schumachers Konkurrenz gemacht, aber schon am 11. Februar 1946 der Vereinigung mit der KPD unter dem Druck der sowjetischen Besatzungsmacht und der mit dieser zusammenarbeitenden deutschen Kommunisten zugestimmt. Am 21./22. April 1946 wurde im Ostsektor Berlins die Zwangsvereinigung der SPD mit der KPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) pomphaft gefeiert. Nur in Ost-Berlin konnte sich die SPD als stärkste Kraft vor der SED unter dem Schutz des in der geteilten Stadt herrschenden Viermächtestatus bis zur Berliner Blockade 1948 halten, freilich als gleichgeschaltete Klientelpartei der SED. Obwohl damit ein freies Wirken der Partei im Ostteil Deutschlands unmöglich geworden war, belastete Schumacher die Verhandlungen mit den Westmächten über die Bildung eines westdeutschen Staates mit seinen immer doktrinärer klingenden Forderungen nach der baldigen Wiederherstellung der Einheit und inneren Freiheit Deutschlands, zu der sich die Sowjetunion bereithalten müsse. Ebenso bekämpfte er kategorisch Ansätze zur Lockerung der Planwirtschaft im Wirtschaftsrat der Bizone. Seine oppositionellen Rundumschläge folgten zwar einer „internen Logik“ seiner Partei,¹⁶ verprellten aber die Westalliierten, trafen zudem weder die Erfordernisse der Realität noch die Wünsche vieler Menschen, die vor allem eine Besserung der allgemeinen Notlage herbeisehnten.

Die KPD hatte im Oktober 1945 in den Westzonen 80.280, im Mai 1947 324.214 und im März 1952 129.958 Mitglieder.¹⁷ Diese (1949/50 wieder verpuffende) Zuwachsblase und der Erfolg bei den Landtagswahlen 1947 in Nordrhein-Westfalen, wo sie 14 % der Stimmen und 28 Mandate gewann, zugleich der Aufschwung der Kommunisten auch in Frankreich und Italien, deuten an, dass Westeuropa nach 1945 auch eine unfreiheitliche Entwicklung hät-

15 Ernst-Ulrich HUSTER, *Die Politik der SPD 1945–1950*, Frankfurt/M.-New York 1978, S. 59f., S. 67f., S. 74–76.

16 Joseph ROVAN, *Histoire de la social-démocratie allemande*, Paris 1978, S. 228–241.

17 Till KÖSSLER, *KPD. Kommunistische Partei Deutschlands und kleinere Parteien des linken Spektrums. Mitgliedschaft und Sozialstruktur*, in: BOYER/KÖSSLER (Bearb.), *SPD, KPD und kleinere Parteien* (wie Anm. 13), S. 735–941, S. 797f.

te nehmen können. Die KPD ging in der Trümmerwüste Nachkriegsdeutschlands zunächst elastisch und einfallreich zu Werke, strebte als erwiesene Gegnerin des „Faschismus“ nach Expansion und Herrschaft. Sie propagierte die Vereinigung mit der SPD zu einer Partei, die gemeinsam die Interessen der Arbeiterklasse wahrnehme, und trat als national gesinnte Partei auf. Über die zwischen der KPD und der SED von 1947 bis 1949 bestehende Sozialistische Arbeitsgemeinschaft wollte sie zusätzlichen Einfluss und Kontrolle in den Westzonen gewinnen.¹⁸ Die Moskauer Parteizentrale gedachte den westdeutschen Kommunismus allerdings genau zu überwachen und jedes Abdriften in eine alternative Richtung zu unterbinden. Ihrem Gebot folgend, musste die KPD den zentralistischen Aufbau der Partei vorantreiben und Verteidigungsmaßnahmen gegen die sogenannten Rechts- und Linksabweichungen ergreifen. Die unausbleibliche Folge war, dass die KPD nicht als eine demokratische Partei neben andere Parteien trat, sondern einen absoluten Führungsanspruch erhob, „denn sie wählte sich im Besitz der einzig wahren Weltanschauung und der einzig wissenschaftlichen Gesellschaftstheorie, als Vorhut der mit einer historischen Mission ausgestatteten Arbeiterklasse.“¹⁹ Die neuen Ambitionen der KPD zerschlugen sich wegen ihrer undemokratischen Strategie und Struktur, der Interventionen der angelsächsischen Besatzungsmächte, des 1948 schon ausgeprägten Ost-West-Gegensatzes und der unerwarteten, doch einer zielgerichteten Politik zu verdankenden wirtschaftlichen Erholung Westdeutschlands.

Eine „kraftvolle Renaissance des Liberalismus“ blieb nach 1945 aus.²⁰ Schon gegen Ende der Weimarer Republik waren die liberalen Parteien völlig ausgedünnt worden.²¹ Die Freien Demokraten konnten sich zunächst in den linksliberalen Milieus der südwestdeutschen Länder und der Hansestädte reorganisieren. Sie waren sich bewusst, dass sie anders als die SPD und die Unionsparteien schwerlich eine Massenpartei werden konnten (1951 64.320 Mitglieder).²² Die westzonalen Gründungen, darunter die Demokratische

18 Ulrich HAUTH, *Die Politik von KPD und SED gegenüber der westdeutschen Sozialdemokratie (1945–1948)*, Frankfurt/M. 1978, S. 118–169.

19 Günter BENSER, *Der deutsche Kommunismus. Selbstverständnis und Realität*, Bd. 4, *Neubeginn ohne letzte Konsequenz (1945/46)*, Berlin 2009, S. 269; Horst W. SCHMOLLINGER/DIETRICH STARITZ, *Zur Entwicklung der Arbeiterparteien in den Westzonen (1945–1949)*, in: STARITZ, *Das Parteiensystem* (wie Anm. 11), S. 109–126, S. 119–122.

20 Dieter HEIN, *Zwischen liberaler Milieupartei und nationaler Sammlungsbewegung. Gründung, Entwicklung und Struktur der Freien Demokratischen Partei 1945–1949*, Düsseldorf 1985, S. 349–353, S. 334–340.

21 Vgl. die Reichstagswahlen 1919–1932. Tabelle bei Heinz HÜRTEN (Hg.), *Deutsche Geschichte in Quellen und Darstellung*, Bd. 9, *Weimarer Republik und Drittes Reich 1918–1945*, Stuttgart 1995, S. 144f.

22 Daniela GNISS, *FDP. Freie Demokratische Partei. Mitgliedschaft und Sozialstruktur*, in: Oliver GNAD u. a. (Bearb.), *FDP sowie kleinere bürgerliche und rechte Parteien. Mitgliedschaft und Sozialstruktur 1945–1990. Handbuch zur Statistik der Parlamente und Parteien in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland*, Düsseldorf

Volkspartei (DVP) Württemberg-Baden, konnten mit der ostzonalen Liberal-Demokratischen Partei (LDP) unter Wilhelm Külz auf dem gesamtdeutschen Treffen in Eisenach (Juli 1947) noch gemeinsame „Grundsätze der Demokratischen Partei Deutschlands“ verabschieden. Sie brachen aber Anfang 1948 die Beziehungen zur LDP wegen deren Anlehnung an die Sowjetische Militäradministration ab. Die Einigungsbestrebungen in den Westzonen führten schließlich am 12. Dezember 1948 auf dem Heppenheimer Kongress zur Konstituierung der Freien Demokratischen Partei (FDP) auf Bundesebene. Die tiefen Gegensätze zwischen dem linksliberalen und dem nationalen Flügel dauerten danach zwar an, zwangen aber auch zur Kooperation, wollte die Partei der Gefahr des Auseinanderfallens entgehen. Einigende Wirkungen und programmatisch-inhaltliche Impulse gingen von zwei Institutionen aus, die die Staatswerdung der Bundesrepublik unmittelbar vorbereiteten. Die Fraktion der FDP gewann im Frankfurter Wirtschaftsrat durch ihr Eintreten für die freie Marktwirtschaft Kontur. Der Parlamentarische Rat gab der FDP-Fraktion Gelegenheit, bei den Beratungen über das Grundgesetz erneut Profil zu zeigen und an die verfassungspolitischen Traditionen des deutschen Liberalismus anzuknüpfen. Obwohl die FDP 1949 in die Regierungskoalition mit den Unionsparteien eintrat, bekämpfte ihr südwestdeutscher DVP-Flügel unter dem streitbaren Ministerpräsidenten Württemberg-Badens (1945–1952), Reinhold Maier, Konrad Adenauers Politik der Westintegration, weil er von der „Politik der Stärke“ die Zementierung der Spaltung Deutschlands befürchtete. Die nationalliberalen Traditionen, die Adenauers außenpolitischen Kurs in Frage stellten, wurden auch an der „Remstalpolitik“ Maiers und seines Mitstreiters Karl Georg Pfeleiderer deutlich.²³ Aus innen- und verfassungspolitischer Sicht war Maier allerdings zu den demokratisch gesinnten Altliberalen zu rechnen, die ihren Schwerpunkt im Südwesten hatten. Ein deutschnationaler Flügel entstand in Nordrhein-Westfalen um den Landesvorsitzenden Friedrich Middelhauve und dessen 1952 innerparteilich heftig diskutiertes „Deutsches Programm“. Eine nationale, scharf antisozialistische Sammlungspolitik zielte hier auf den Gewinn des „nationalliberal-konservativ vorgeprägten Bürgertums“ in Nordrhein-Westfalen und Hessen.²⁴ Nicht zuletzt die Flügelkämpfe innerhalb der Partei führten dazu, dass die FDP bei den Bundestagswahlen von 1953 auf 9,5 % zurückging, das waren 2,4 % weniger als 1949. Sie suchte fortan durch die

2005, S. 35–174, hier S. 93, S. 45f.; vgl. Dieter LANGEWIESCHE, *Liberalismus in Deutschland*, Frankfurt/M. 1988; Karl-Heinz NASSMACHER, *Die FDP als Regionalpartei*, in: Dieter OBERNDÖRFER/Karl SCHMITT (Hg.), *Parteien und regionale politische Traditionen in der BRD*, Berlin 1991, S. 207–230.

23 Jörg BREHMER, *Reinhold Maier (1889–1971)*, in: Reinhold WEBER/Ines MAYER (Hg.), *Politische Köpfe aus Südwestdeutschland*, Stuttgart 2005, S. 267–276.

24 Peter LÖSCHE/Franz WALTER, *Die FDP. Richtungsstreit und Zukunftszweifel*, Darmstadt 1996, S. 32–41.

Strategie des „begrenzten Konflikts“ mit ihrem Koalitionspartner, der Union, ihr Existenzrecht zu beweisen. Ihr neuer Vorsitzender, der Franke Thomas Dehler, wählte dafür das Feld der Deutschlandpolitik. Sein Oppositionskurs gegen Adenauer fand Zustimmung bei dem baden-württembergischen Parteiführer und Ministerpräsidenten Reinhold Maier sowie bei den im nordrhein-westfälischen Landesverband vordringenden, linksliberal orientierten „Jungtürken“.

Die eigentliche Neuerung war die Gründung der Unionsparteien, der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands (CDUD) und der Christlich-Sozialen Union (CSU) in Bayern. Sie vollzog sich zunächst eigenständig in vielen örtlichen Zentren, von der Hauptstadt Berlin bis hinab zu Kreisstädten vor allem im Westen Deutschlands. Hier beerbte die CDU die ehemaligen Hochburgen der Deutschen Zentrumspartei, fasste aber auch außerhalb des katholischen Milieus Fuß. Erste Zusammenschlüsse erfolgten mit der Bildung von Landesverbänden²⁵ und der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands Anfang 1947.²⁶ Die Bundespartei der CDU konstituierte sich erst am 20./21. Oktober 1950 auf ihrem ersten Parteitag in Goslar. Die Gründung der interkonfessionellen „Union“ zwischen Katholiken und Protestanten sowie, in sozialer Hinsicht, zwischen „allen Schichten und Gruppen unseres Volkes“ zielte auf die Überwindung der politischen Folgen der seit Jahrhunderten bestehenden konfessionellen Spaltung Deutschlands und des zerklüfteten deutschen Parteiensystems.²⁷ Die Parteigründer sahen die tieferen Ursachen für die Durchsetzung des Nationalsozialismus in der politischen und konfessionellen Zerrissenheit sowie der mangelnden Resistenz breiter Teile des Volkes gegen eine widerchristliche Weltanschauung. Schon von daher gesehen ist die These, die CDU sei nur eine lose Sammlung unterschiedlicher wirtschaftlicher Interessen gewesen,²⁸ zu vordergründig. Erst allmählich trat der wissenschaftlichen

25 Vgl. Horstwalter HEITZER, *Die CDU in der britischen Zone 1945–1949. Gründung, Organisation, Programm und Politik*, Düsseldorf 1988; Winfried BECKER, *CDU und CSU 1945–1950. Vorläufer, Gründung und regionale Entwicklung bis zum Entstehen der CDU-Bundespartei*, Mainz 1987; Hans-Otto KLEINMANN, *Geschichte der CDU 1945–1982*, Stuttgart 1993.

26 Am 5./6.2.1947 in Königstein im Taunus. Brigitte KAFF (Bearb.), *Die Unionsparteien 1946–1950. Protokolle der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands und der Konferenzen der Landesvorsitzenden*, Düsseldorf 1991, S. XI, S. XIVf.; vgl. Rainer SALZMANN (Bearb.), *Die CDU/CSU im Frankfurter Wirtschaftsrat. Protokolle der Unionsfraktion 1947–1949*, Düsseldorf 1988; DERS. (Bearb.), *Die CDU/CSU im Parlamentarischen Rat. Sitzungsprotokolle der Unionsfraktion*, Stuttgart 1981.

27 Zitiert nach Peter HAUNGS, *Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands (CDU) und die Christlich-Soziale Union in Bayern (CSU)*, in: Hans-Joachim VEEN (Hg.), *Christlich-demokratische und konservative Parteien in Westeuropa*, Bd. 1, *Bundesrepublik Deutschland. Österreich*, Paderborn 1983, S. 9–194, S. 16.

28 So Arnold J. HEIDENHEIMER, *Adenauer and the CDU. The Rise of the Leader and the Integration of the Party*, Den Haag 1960, zitiert von Manfred ROWOLD, *Im Schatten der*

Forschung ins Bewusstsein, dass die Unionsparteien eine innere Legitimation aus der Verfolgung christlich gesinnter Politiker im „Dritten Reich“ herleiten konnten. Zudem hatten die Zentrumspartei und die Bayerische Volkspartei, die wichtigsten Vorläufer der Unionsparteien, sowie die katholische Konfessionszugehörigkeit sehr bedeutende Resistenzfaktoren gegen den Zuwachs der nationalsozialistischen Wählerstimmen zwischen 1928 und 1933 gebildet.²⁹ Der bemerkenswerte parteitheoretische Ansatz, den die Union ausbildete, fand allerdings keinen adäquaten Niederschlag in den relativ geringen Mitgliederzahlen (1948 360.000, 1952 210.000 mit Schwerpunkt in Nordrhein-Westfalen) und Mitgliedsbeiträgen, sodass die CDU bis in die 1960er Jahre den Charakter einer Wählerpartei beibehielt. Ähnliches gilt für die CSU. Ihre nach der ersten Wahlwerbung von 1947 hohe Mitgliederzahl von 85.274 im Jahr 1948 sank vor allem aufgrund der Verluste an die Bayernpartei auf 32.985 im Jahr 1953.³⁰ Die Unionsparteien bauten aus prinzipiellen Erwägungen den Föderalismus und den gesellschaftlichen Pluralismus in ihre Struktur ein. So wurden Arbeitsgemeinschaften für die Jugend, die Frauen, die Arbeitnehmerschaft, den Mittelstand, die Vertriebenen, die Kommunalpolitik und die evangelischen Mitglieder gegründet. Der von Teilen der CDU des Rheinlandes zunächst vertretene christliche Sozialismus (Ahlener Programm vom 3. Februar 1947) wurde 1948/49 von Ludwig Erhards Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft abgelöst.³¹ Für den bundes- und außenpolitischen Kurs der CDU ist es mitentscheidend geworden, dass ihr Vorsitzender in Berlin, der ehemalige christliche Gewerkschaftler Jakob Kaiser, im Dezember 1947 von den Sowjets entmachtet

Macht. Zur Oppositionsrolle der nicht-etablierten Parteien in der Bundesrepublik, Düsseldorf 1974, S. 44.

- 29 Jürgen W. FALTER, *Die Wahlen des Jahres 1932/33 und der Aufstieg totalitärer Parteien*, in: Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit (Hg.), *Die Weimarer Republik*, Bd. 3, *Das Ende der Demokratie 1929–1933*, München 1995, S. 271–314, S. 293; vgl. Günter BUCHSTAB/Brigitte KAFF/Hans-Otto KLEINMANN, *Christliche Demokraten gegen Hitler. Aus Verfolgung und Widerstand zur Union*, Freiburg i. Br. 2004; Winfried BECKER u. a. (Hg.), *Lexikon der Christlichen Demokratie in Deutschland*, Paderborn 2002.
- 30 Corinna FRANZ, *CDU. Christlich Demokratische Union. Mitgliedschaft und Sozialstruktur*, in: Corinna FRANZ/Oliver GNAD (Bearb.), *CDU und CSU. Mitgliedschaft und Sozialstruktur 1945–1990. Handbuch zur Statistik der Parlamente und Parteien in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland*, Düsseldorf 2005, S. 33–513, S. 92f.; Oliver GNAD, *CSU. Christlich-soziale Union. Mitgliedschaft und Sozialstruktur*, in: EBD. S. 515–858, S. 612, S. 553–556, S. 581–587; Alf MINTZEL, *Die CSU. Anatomie einer konservativen Partei 1945–1972*, Opladen 1975; Thomas SCHLEMMER, *Aufbruch, Krise und Erneuerung. Die Christlich-Soziale Union 1945 bis 1955*, München 1998; Barbara FAIT, *Die Anfänge der CSU 1945–1948. Der holprige Weg zur Erfolgspartei*, München 1995.
- 31 Vgl. über die ideengeschichtlichen Hintergründe Rudolf UERTZ, *Christentum und Sozialismus in der frühen CDU. Grundlagen und Wirkungen der christlich-sozialen Ideen in der Union 1945–1949*, Stuttgart 1981.

wurde und in den Westen gehen musste. Hier setzte sich nun der Führungsanspruch Konrad Adenauers durch, der sich seit dem Frühjahr 1946 als Vorsitzender der CDU der Britischen Zone eine Führungsposition aufgebaut hatte. Kaisers Vorstellung, Deutschland könne eine „Brücke“ zwischen Ost und West bauen, schien durch die Verhältnisse und sein eigenes Schicksal widerlegt. Adenauer steuerte konsequent die Werte- und Sicherheitsgemeinschaft der Bundesrepublik mit den westlichen Demokratien an. Schon die ersten Programme der CDU hatten sich gegen jedwede Diktatur, ob der Rasse oder der Klasse, ausgesprochen.

Erst aus einem späteren Blick auf die Geschichte der Bundesrepublik konnte man die Unterscheidung zwischen den erfolgreichen wieder- und neugegründeten Parteien, die sich auf die Dauer durchsetzten, und den nicht-etablierten Parteien sowie den Anti-System-Parteien treffen.³² Die Westalliierten verboten zunächst aus Furcht vor Unruhen die Zusammenschlüsse der Vertriebenen, die 1949 7,6 Millionen zählten. Erst nachdem der Lizenzzwang aufgehoben worden war, konnte 1951 eine Bundespartei der Flüchtlinge, der Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) (ab 1952: Gesamtdeutscher Block/BHE), mit 21 Abgeordneten und 14,9 % der Stimmen ihren Einzug in den Landtag von Niedersachsen halten. Diese die Interessen einer benachteiligten Bevölkerungsgruppe vertretende Partei war nach Lage der Dinge nicht imstande, eine Irredenta zur Wiedergewinnung der deutschen Ostgebiete zu schaffen. Sehr früh setzte zudem die Integration der Flüchtlinge in die westdeutsche Gesellschaft ein. Die maßvolle Haltung des Millionenheeres der Flüchtlinge und Vertriebenen und ihrer Repräsentanten ist als eine der großen politischen Leistungen der Nachkriegszeit zu würdigen, die der realistischen Einsicht in die gegebene Lage entsprang.

Die 1945 gegründete Niedersächsische Landespartei (NLP) (ab 1947 Deutsche Partei – DP), die Nachfolgerin der welfischen Deutsch-Hannoverschen Partei des Kaiserreiches und der Weimarer Republik, bestand bis 1961 und vermochte auf lange Sicht den Übergang von der regionalen zur Bundes-Partei nicht zu bewerkstelligen. Protestantisch-konservativ, föderalistisch, heimatverbunden und patriotisch eingestellt, erhob sie die Forderung nach der Rück-

32 Rudolf MORSEY, *Die Bundesrepublik Deutschland. Entstehung und Entwicklung bis 1969*, 4. Aufl., München 2000, S. 192–194; zusammenfassend Manfred ROWOLD, *Im Schatten der Macht. Nicht-etablierte Kleinparteien*, in: OBERREUTER/MINTZEL (wie Anm. 9), S. 311–362, hier S. 335–343; vgl. die Beiträge über die *Deutsche Partei (DP)*, den *Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE)*, die *Deutsche Zentrumspartei (DZP)*, die *Bayernpartei (BP)*, die *Sozialistische Reichspartei (SRP)* und die *Deutsche Reichspartei (DRP)* in: GNAD u. a. (Bearb.), *FDP sowie kleinere bürgerliche und rechte Parteien* (wie Anm. 22). Dabei dürfte zwischen den zwei letzteren und den vier ersteren der in diesem Handbuch behandelten Parteien ein deutlicher Trennungsstrich zu ziehen sein.

besinnung auf das christliche Sittengesetz. Ihr Vorsitzender Heinrich Hellwege, der auch führend in der evangelischen Kirche tätig war, bekannte sich zu der nach 1945 attraktiven Bewegung der „moralischen Aufrüstung“. Seine Partei, die 1949 die erste Adenauer-Koalition mittrug, geriet ins Zwielicht, als sie sich allzu bereit zeigte, in Hamburg, Berlin, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Bayern ehemalige NS-Funktionäre und sehr nationalistische Elemente aufzunehmen, um auch diese Elemente in eine „konservative Demokratie“ zu integrieren. Bundespolitische Bedeutung erlangte die DP allerdings schon, als die Bayernpartei ihr, der befreundeten Regionalpartei des Nordens, im Falle ihrer Beteiligung am Kabinett Adenauer versprach, die erste Bundesregierung zu tolerieren.³³

Der Name der Bayernpartei (BP) war Programm. Diese nahe Konkurrentin der CSU forderte, monarchistische und agrarische Kreise aufsaugend, einen unabhängigen bayerischen Staat innerhalb einer deutschen und europäischen Föderation und wandte sich gegen die „Preußen“ sowie gegen die Flüchtlinge und Vertriebenen. Außenpolitisch fasste sie die Verbindung Bayerns mit Frankreich und Österreich sowie einen neutralistischen Kurs zwischen den Blöcken ins Auge.³⁴

In Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen trat die wiedergegründete, zum Sozialismus und Neutralismus tendierende Deutsche Zentrumsparlei als Rivalin der CDU auf. Sie nahm der CDU im ländlich-kleinbürgerlichen, katholischen Milieu viele Stimmen weg und blieb immerhin bis 1958 im Landtag von Nordrhein-Westfalen.³⁵ Die in Bayern bei der Bundestagswahl von 1949 14,4 % der Stimmen erringende Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung (WAV) sammelte das starke Protestpotential der Nachkriegszeit einschließlich vieler Flüchtlinge, die in schlechten materiellen Umständen lebten. Sie setzte sich für eine Volks- oder Basisdemokratie ein, führte Kampagnen gegen die Entnazifi-

33 Claudius SCHMIDT, *Heinrich Hellwege, der vergessene Gründervater. Ein politisches Lebensbild*, mit einem Vorwort von Arnulf BARING, Stade 1991, S. 76–83, S. 110–120, S. 97f.; Ingo NATHUSIUS, *Am rechten Rande der Union. Der Weg der Deutschen Partei bis 1953*, Diss. Mainz 1992; Hermann MEYN, *Die Deutsche Partei. Entwicklung und Problematik einer national-konservativen Rechtspartei nach 1945*, Düsseldorf 1965; viele Selbstzeugnisse Hellweges, auch seiner (allgemein wohl unterbewerteten) Ablehnung des Nationalsozialismus, in der Schilderung des ihm nahestehenden ehemaligen NS-Funktionärs Emil EHRICH, *Heinrich Hellwege. Ein konservativer Demokrat*, Hannover 1977, S. 20–45.

34 Vgl. Ilse UNGER, *Die Bayernpartei. Geschichte und Struktur 1945–1957*, Stuttgart 1979, S. 141–154; Christoph WALTHER, *Jakob Fischbacher und die Bayernpartei. Biografische Studien 1886 bis 1972*, München 2006; am regionalen Beispiel: Winfried BECKER, *Osterhofen im „Dritten Reich“ und in der Nachkriegszeit*, in: Stadt Osterhofen (Hg.), *Osterhofen. 1000 Jahre Stift. 625 Jahre Stadt*, Osterhofen 2004, S. 81–108, S. 96f.

35 Ute SCHMIDT, *Zentrum oder CDU? Politischer Katholizismus zwischen Tradition und Anpassung*, Opladen 1987, S. 297ff., S. 359ff. (Tabellen).

zierung und gegen die Herrschaft der Parteien im Staat. Sie stellte sich damit in Gegensatz zur repräsentativen Demokratie, der am ehesten die große Aufgabe des Wiederaufbaus in einem ausgedehnten Flächenstaat zugetraut werden konnte.³⁶ Eine sprunghaft aufsteigende Regionalpartei im nördlichen Grenzland war der Südschleswigsche Wählerverein (1946–1948) (SSV), seit 1948 Südschleswigscher Wählerverband (SSW). Die Vertretung der sehr kleinen dänischen Minderheit gewann angesichts der totalen Niederlage Deutschlands plötzlich großen Zulauf, als sie die Abtrennung Südschleswigs von Holstein und dessen spätere Eingliederung in Dänemark forderte. Bei den Landtagswahlen vom 20. April 1947 errang sie 33 % der Stimmen (97.831) in Südschleswig. Die hoch gehende prodänische Welle verebbte, als die Gründung des Landes Schleswig-Holstein im August 1946 und der Bundesrepublik Deutschland 1949 wieder eine gute Zukunft für ein deutsches Staatswesen verhießen.³⁷ Auch blieben Dänemark und Großbritannien gegenüber den Forderungen des SSV zurückhaltend. Gegen dessen „Separatismus“ wandte sich 1947 mit den alten Mitteln des Grenzkampfes die erste, sozialdemokratische Landesregierung Schleswig-Holsteins.

Der nach 1945 wieder auflebende Rechts- und Linksradikalismus suchte in den sogenannten Anti-System-Parteien Unterschlupf. Nachdem die Briten in ihrer Zone deutschnationale und national-konservative Parteien zugelassen hatten, wurden diese zu ersten Sammelbecken für unverbesserliche Anhänger, für mittlere bis untere ehemalige Funktionäre oder Sympathisanten des Nationalsozialismus, die sich häufig als Deklassierte fühlten. Die 1946 gegründete, 1948 so genannte Deutsche Konservative Partei-Deutsche Rechtspartei (DKP/DRP) war überwiegend an der früheren Deutschnationalen Volkspartei orientiert. Sie besaß Organisationen in Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen. Die am 2. Oktober 1949 in Hameln gegründete Sozialistische Reichspartei (SRP) bekannte sich hingegen zu einem nationalen

36 Hans WOLLER, *Die Loritz-Partei. Geschichte, Struktur und Politik der Wirtschaftlichen Aufbau-Vereinigung 1945–1955*, Stuttgart 1982, S. 185–196; Michael SCHRÖDER, *Volkstribun auf dem rechten Flügel. Alfred Loritz und die WAV*, in: DERS., *Bayern 1945. Demokratischer Neubeginn. Interviews mit Augenzeugen*, München 1985, S. 143–152.

37 Bei der Landtagswahl in Schleswig-Holstein von 1950 erhielt der SSV noch 5,5 % der Stimmen, bei der Landtagswahl von 1954 fiel er unter die Fünf-Prozent-Klausel. Johann RUNGE, *Die dänische Minderheit in Südschleswig*, in: Landeszentrale für Politische Bildung Schleswig-Holstein (Hg.), *Minderheiten im deutsch-dänischen Grenzbe- reich*, Kiel 1993, S. 73–158, S. 130–141; die Deutung von Mario Rainer LEPSIUS, *Extremer Nationalismus. Strukturbedingungen vor der nationalsozialistischen Macht- ergreifung*, in: DERS., *Demokratie in Deutschland. Soziologisch-historische Konstellationsanalysen. Ausgewählte Aufsätze*, Göttingen 1993, S. 51–79, S. 63–66, der SSV habe nur den „Autonomieanspruch“ eines bäuerlichen Regionalmilieus mit überstarken Eigeninteressen repräsentiert, greift zu kurz. 1955 wurde der SSW von der Fünf-Prozent-Klausel befreit.

Sozialismus und zur nationalsozialistischen Ideologie der Volksgemeinschaft.³⁸ Viele Vertreter dieser eindeutig rechtsextremen Partei sowie der DKP/DRP wandten sich der in Kassel am 21. Januar 1950 konstituierten Deutschen Reichspartei (DRP) zu. Diese erstrebte ein mächtiges, zentralisiertes neues „Reich“, war heterogen aus Deutschnationalen und Neo-Nationalsozialisten zusammengesetzt. Sie errang bei den Bundestagswahlen von 1953, 1957 und 1961 nur noch rund 1 % der Stimmen.³⁹ 1952 verbot das Bundesverfassungsgericht die Sozialistische Reichspartei, 1956 die Kommunistische Partei Deutschlands.⁴⁰

Die 1945 gegründete Deutsche Friedensgesellschaft, die an pazifistische Organisationen der Zwischenkriegszeit anknüpfte, war auf der linken Seite des politischen Spektrums beheimatet. Auch sie ist zu den Anti-System-Parteien zu rechnen. Sie verweigerte strikt jeden Militärdienst und wandte sich scharf gegen die „westdeutsche Aufrüstung“. Einige Angehörige etablierter Parteien traten zu ihr über. Da sie die SPD als ihre allerdings wenig effiziente parlamentarische Unterstützung ansah, bedeutete das Jahr 1960 für sie einen Wendepunkt, als Herbert Wehner den Kurswechsel der SPD auch auf außen- und sicherheitspolitischem Gebiet ankündigte und seine Partei aus der Oppositionsrolle herausführte. Daraufhin wurde 1960 die Deutsche Friedensunion (DFU) gegründet, und es fand der erste Ostermarsch in der Bundesrepublik statt. Die Deutsche Friedensgesellschaft sank in den 1960er Jahren auf unter 1.000 Mitglieder. Sie wurde wie die DFU wegen ihrer Kontakte mit der SED von Vertretern sowohl der CDU als auch der SPD staatsfeindlicher Umtriebe bezichtigt.⁴¹

Bei der ersten Bundestagswahl kandidierten 15 Parteien, die elf kleineren Parteien erhielten zusammen mit den parteilosen Kandidaten nur 27,9 % der Stimmen. Elf Parteien und drei Einzelbewerber gelangten in den Ersten Deutschen Bundestag – elf Parteien hatten 1933 auch im letzten freien Reichstag gesessen. Bei den zweiten Bundestagswahlen von 1953 bewarben sich 16 Parteien, von denen die zwölf kleineren Parteien noch 16,7 % der Stimmen er-

38 Henning HANSEN, *Die Sozialistische Reichspartei (SRP). Aufstieg und Scheitern einer rechtsextremen Partei*, Düsseldorf 2007, S. 42ff.

39 ROWOLD, *Im Schatten* (wie Anm. 32), S. 316–319; Oliver SOWINSKI, *Die Deutsche Reichspartei 1950–1965. Organisation und Ideologie einer rechtsradikalen Partei*, Frankfurt/M. 1998, S. 22–32, S. 249ff.; Horst W. SCHMOLLINGER, *Die Deutsche Konservative Partei – Deutsche Reichspartei*, in: STÖSS, Bd. 2 (wie Anm. 2), S. 982–1024; Peter DUDEK/Hans-Gerd JASCHKE, *Entstehung und Entwicklung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik. Zur Tradition einer besonderen politischen Kultur*, Bd. 1–2, Opladen 1984, Bd. 1, S. 181–217.

40 Druck der Urteile: MINTZEL/OBERREUTER (wie Anm. 9), S. 470–477.

41 Sie wurde 1949 in der DDR verboten. Stefan APPELIUS, *Pazifismus in Westdeutschland. Die Deutsche Friedensgesellschaft 1945–1968*, Bd. 1–2, Aachen 1991, hier Bd. 1, S. 193–205, S. 296ff., Bd. 2, S. 452ff.

reichten. Aber nur noch sieben Parteien errangen Mandate – neben den vier etablierten Parteien CDU, CSU, SPD und FDP waren dies der GB/BHE, die Deutsche Partei und die Deutsche Zentrums Partei – die letzten beiden über Wahlab sprachen mit den größeren Parteien und Direktmandate. 1953 gab es nur noch fünf Fraktionen. Die drei stärksten Parteien, die Union, die SPD und die FDP errangen zusammen einen Stimmanteil von 84 % und 442 von 487 Mandaten; dies obwohl wegen der Aufhebung des Lizenzierungszwanges seit 1950 etwa 30 neue Parteien entstanden waren.⁴² Die Konzentration des Parteiensystems war unübersehbar und hielt an. Bei den Wahlen von 1972 und 1976 konnten die vier Parteien CDU, CSU, SPD und FDP sogar 99 % der Stimmen gewinnen.⁴³ Danach begann sich eine Wandlung im Parteiensystem abzuzeichnen. 1983 zogen die Grünen mit 5,6 % der Zweitstimmen erstmals in den Deutschen Bundestag ein. 1988 waren zusätzlich zu den bereits im Bundestag vertretenen Parteien immerhin 49 weitere Parteien mit Vorstandslisten, Statuten und Programmen offiziell angemeldet, ohne dass die Neulinge Erfolg gehabt hätten. Von 1949 bis zum Beginn der 1980er Jahre hingen die Weichenstellungen des politischen Lebens im wesentlichen von den etablierten Parteien ab, ob diese regierten oder in der Opposition standen: von den Unionschwestern, den Sozialdemokraten und den als Zünglein an der Waage umworbenen Freien Demokraten. Die historischen und politiksystematischen Ursachenkomplexe für diesen frühzeitig beginnenden Konzentrationsprozess, auch als „Wahlwunder“ oder „Parteienwunder“ bezeichnet, lassen sich hier nur in wenigen Umrissen andeuten.

Anders als die Weimarer Verfassung, die ein doppelpoliges Regierungssystem eingeführt, neben das Parlament den plebiszitär legitimierten Reichspräsidenten gestellt hatte, rückte das Grundgesetz der Bundesrepublik das Parlament beherrschend in die Mitte des Staatswesens. Der Bundestag entschied mit Mehrheit über die Wahl und die Absetzung des Bundeskanzlers, mehr noch, seine Mehrheit war Träger der Regierung und mit dieser zu einer Handlungseinheit verbunden.⁴⁴ Hier mussten sich die Parteien bewähren, ihre Gewinn- und Verlustgeschäfte vor den Augen der Öffentlichkeit abwickeln. Die Handelnden und Hauptverantwortlichen standen im Rampenlicht von Kritik und Anerkennung. Das bot den Außenseitern von vornherein geringere Chancen.

42 Zahlen nach ROWOLD, *Im Schatten* (wie Anm. 32), S. 311–314; vgl. Wolfgang KESSEL, *Geschichte des Deutschen Bundestages*, Berlin 2006, S. 14, S. 17; Gerhard A. RITTER/Merith NIEHUSS, *Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland. Bundestags- und Landtagswahlen 1946–1987*, München 1987.

43 ALEMANN (wie Anm. 2), S. 52f., S. 57–64.

44 Wolfgang ISMAYR, *Der Deutsche Bundestag. Funktionen, Willensbildung, Reformansätze*, Opladen 1992, S. 12–14.

Die vier Linzenzparteien hatten den Vorteil, in allen Bundesländern (die Union aufgeteilt, in Bayern durch die CSU vertreten) zu kandidieren, während die nicht-etablierten in freilich unterschiedlichem Maße auf einzelne Länder beschränkt waren, ohne bundesweite Organisation blieben oder diese nur schwach entwickelten. Schon bei den Landtagswahlen der Jahre 1946/47 in den Westzonen zeichnete sich ein starker Trend zugunsten der Unionsparteien und der SPD ab. Auch 1949 entschied sich nur ein Fünftel der Wähler für die kleineren bzw. nicht-etablierten Parteien oder für die „regionale Substruktur des Parteiensystems“.⁴⁵ Bei den Landesparteien Deutsche Partei und Bayernpartei drängte mit dem Heimatgedanken ein zentrifugales, substrukturelles Element ins Parteiensystem. Aus einer weniger mechanisch-parteisystematischen Sicht kann der Föderalismus allerdings auch als Stärke eines Staatswesens angesehen werden. Ein übergeordneter Grund, warum die Landesparteien zurückgingen, dürfte darin gelegen haben, dass in der Bundesrepublik, verglichen mit der Weimarer Republik, die Länderrechte gestärkt waren und ausgewogener gestaltet wurden; die jeden föderalistischen Aufbau störende, weil unverhältnismäßige Hegemonie Preußens war verschwunden.⁴⁶ Nach der Wahl von 1949 wirkte ein zweiter das Drei- bzw. Vier-Parteien-System desintegrierender Faktor allerdings weiter: die Neigung der Wähler, Parteien zu bevorzugen, die sich zu exklusiven Sprechern spezieller Nöte wie der Wohnungsnot, der Arbeitslosigkeit oder beruflicher Benachteiligungen aufwarfen. Der zeitweise heftige agitatorische Appell zur Beseitigung dieser aktuellen Notlagen kam der Flüchtlingspartei GB/BHE, den rechtsextremen und den kleineren Interessenparteien zugute. Der Einzug in den Bundestag gelang 1953 aber nur mehr der Interessenpartei GB/BHE.

Denn auch die großen Parteien nahmen sich mit Erfolg der Vertretung der Interessen in Form der „Aggregation der Interessen“⁴⁷ an. Die Unionsparteien traten, obgleich noch von einer weltanschaulichen Grundlage ausgehend, sogleich auch (programmgemäß) als „Sammlungsparteien“ auf, die SPD spätestens seit ihrer Öffnung im Godesberger Programm 1959. Damit wurde der

45 ROWOLD, *Im Schatten* (wie Anm. 28), S. 22–29.

46 Vgl. Theodor ESCHENBURG, *Jahre der Besatzung 1945–1949*, mit einem einleitenden Essay von Eberhard JÄCKEL (Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1), Stuttgart/Wiesbaden 1983, S. 483–514; Reinhard SCHIFFERS (Bearb.), *Weniger Länder – mehr Föderalismus? Die Neugliederung des Bundesgebietes im Widerstreit der Meinungen 1948/49–1990. Eine Dokumentation*, Düsseldorf 1996, S. 12–22, S. 26–46. Die Stärkung des Bundesrats war vor allem Bayern angelegen. Karl-Ulrich GELBERG, *Vom Kriegsende bis zum Ausgang der Ära Goppel (1945–1978)*, in: Alois SCHMID (Hg.), *Handbuch der bayerischen Geschichte*, Bd. 4, *Das Neue Bayern. Von 1800 bis zur Gegenwart*, Teilbd. 1, *Staat und Politik*, München 2003, S. 635–1008, S. 806f.

47 Mario Rainer LEPSIUS, *Bundesrepublik*, in: *Nachkriegsgesellschaften im historischen Vergleich. Großbritannien – Frankreich – Bundesrepublik* (Kolloquien des Instituts für Zeitgeschichte), München/Wien 1982, S. 33–39.

Übergang zu einer „Institutionalisierung“ des Parteiensystems eingeleitet, zur Bildung einer Art „geschlossener Gesellschaft“ der „Großparteien“.⁴⁸ Die Aufsaugung der Interessen möglichst breiter Bevölkerungsschichten als Kriterium für die Volksparteien der Bundesrepublik Deutschland rangiert zumindest zeitlich vor den anderen Charakterisierungen, die für diesen Parteientypus ermittelt worden sind. Dazu zählen die gemeinsame Berufung dieser Volksparteien auf die „Solidarität der Demokraten“ gegen jedweden Radikalismus sowie die grundsätzliche Bereitschaft zur Koalition untereinander.⁴⁹ Politikwissenschaftler empfahlen folglich den Volksparteien, ihre Programme möglichst von trennenden Punkten zu entlasten, um eine gegenseitige Annäherung auf funktionaler Basis zu ermöglichen und einen gemeinsamen Grundkonsens zu erreichen, der dem Parteiensystem eine dauerhafte Stabilität verleihen würde. Diese Theorie wurde durch die Praxis allerdings nur sehr bedingt bestätigt. Vor allem zwischen den Unionsparteien und der SPD brachen immer wieder Grunddissense auf wichtigen Politikfeldern auf.

Eine gewisse Entideologisierung war schon für den ersten Bundestagswahlkampf kennzeichnend. Doch ging sie keineswegs mit einer Abflachung von Gegensätzen, sondern mit neuen Polarisierungen und Weichenstellungen einher. Herbert Wehner, Adenauers sonst eher galliger Gegner, sprach einmal das anerkennende Wort aus, der erste Bundeskanzler habe es zuwege gebracht, die Parteien im Deutschland der Nachkriegszeit neu aufzustellen. Hatten eine in ihrer Ideologie befangene Sozialdemokratie, ein das Dauer-Ressentiment pflegender Nationalismus und ein unentwegt die reine Lehre vertretender Liberalismus in Weimar nicht zur staatstragenden Einigkeit finden können, so argumentierten die Parteien schon im ersten Bundestagswahlkampf volksnäher, realistischer, flexibler und existentieller. Der Wahlkampf vor dem 14. August 1949 drehte sich hauptsächlich um zwei große, von den Wahlkämpfern noch zusätzlich vereinfachte Themen, die die Menschen nachvollziehen und mit denen sie sich identifizieren konnten: 1. Die christliche Weltanschauung stand gegen den weltanschaulichen Materialismus. 2. Die Soziale Marktwirtschaft, die, bewusst auf das Wohl der Menschen und gegen ein mechanistisches Verständnis von Wirtschaft ausgerichtet, mit den Gesetzen des Marktes vorgege-

48 So mit kritischem Unterton Ossip K. FLECHTHEIM, *Die Institutionalisierung der Parteien in der Bundesrepublik*, in: Zeitschrift für Politik 9 (1962), S. 97–110; vgl. ROWOLD, *Im Schatten* (wie Anm. 28), S. 52–63, S. 53.

49 So Rainer Barzel (CDU) im Bundestag am 21.10.1971. ROWOLD, *Im Schatten* (wie Anm. 28), S. 53; nach einem prophetischen Wort von Otto KIRCHHEIMER, *Der Wandel des westeuropäischen Parteiensystems*, in: Politische Vierteljahresschrift 6 (1965), S. 20–41, barg die „Allerweltpartei“ aber auch die Gefahr, dem Staatsbürger zu wenig Halt und Orientierung zu bieten. Vgl. Alf MINTZEL, *Die Volkspartei. Typus und Wirklichkeit. Ein Lehrbuch*, Opladen 1983; Wulf SCHÖNBOHM, *Die CDU wird moderne Volkspartei. Selbstverständnis, Mitglieder, Organisation und Apparat 1950–1980*, Stuttgart 1985.

bene Spielregeln beachtete und Monopole aller Art ausschloss, wurde auf der Grundlage der Düsseldorfer Leitsätze der CDU (vom 15. Juli 1948) gegen die damals sehr populäre Planwirtschaft in Stellung gebracht. Als die Anwälte der höchst kontroversen Positionen traten die Unionsparteien, teils zusammen mit der FDP – so in der Großstadt Hamburg⁵⁰ – und die SPD für jedermann sichtbar in Erscheinung. Die Wahl vom 14. August geriet denn auch zu „einer Art Plebiszit über die Wirtschaftsordnung.“⁵¹

Personifiziert in Kurt Schumacher und Konrad Adenauer, platzten die beiden rivalisierenden Führungsansprüche der SPD und der CDU aufeinander.⁵² Gewissermaßen den Wahlkampf weiterführend, setzte Adenauer im Zusammenspiel mit dem Bayerischen Ministerpräsidenten Hans Ehard gegen beachtliche Widerstände aus der eigenen Partei die Entscheidung für die kleine Regierungskoalition zwischen den Unionsparteien und der FDP durch.⁵³ Adenauer gewann die Wahl zum Bundeskanzler am 15. September 1949 denkbar knapp nur mit einer Stimme Mehrheit; es war die des Abgeordneten Johann Wartner von der Bayernpartei.⁵⁴ Angesehene Politiker der CDU, Werner Hilpert in Hessen und Karl Arnold in Nordrhein-Westfalen, hätten es vorgezogen, die zu erwartende schwere Last der Regierungsverantwortung auf möglichst viele Schultern zu verteilen, das hieß Allparteienregierungen oder große Koalitionen einzugehen. Sie beriefen sich damit auf den im Nachkriegsdeutschland bereits vorherrschenden Regierungstypus. Denn nach den ersten Wahlen für die Landtage 1946/47 in den damals zehn Ländern bzw. Stadtstaaten (das Saarland eingeschlossen) waren überwiegend Regierungen der großen Koalition gebildet

50 Wahlbündnis für die Bundestagswahl vom 14.8.1949. Im Juli fand eine gemeinsame Wahlkundgebung von CDU und FDP in Hamburg mit Ludwig Erhard als Hauptredner statt. Jürgen WEBER, *Wähler und Gewählte. Der Kampf um Bonn*, in: Bayerische Landeszentrale (Hg.), *Geschichte der Bundesrepublik*, Bd. 3 (wie Anm. 1), S. 97–134, hier S. 110–116.

51 Hans-Peter SCHWARZ, *Die Ära Adenauer. Gründerjahre der Republik 1949–1957*, mit einem einleitenden Essay von Theodor ESCHENBURG (Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 2), Stuttgart/Wiesbaden 1981, S. 28f.

52 Bereits im März 1946 bei der ersten Begegnung Schumachers mit Adenauer. Günther SCHOLZ, *Kurt Schumacher*, Düsseldorf 1988, S. 142–146; Hans-Peter SCHWARZ, *Adenauer. Der Aufstieg 1876–1952*, Stuttgart 1986, S. 532–534.

53 Am 20. und 21.8.1949. Udo WENGST (Bearb.), *Auftakt zur Ära Adenauer. Koalitionsverhandlungen und Regierungsbildung 1949*, Düsseldorf 1985, S. XXIVf., Nr. 17b und 18, S. 32–41.

54 Wartner stimmte entgegen dem Beschluss seiner Fraktion zur Stimmenthaltung, um durch die rasche und entschlossene Wahl des Bundeskanzlers ein Zeichen für die Demokratie zu setzen, wie er kurz vor seinem Tod (1963) mitteilte. Er stammte aus Scheibelsgrub bei Mitterfels, Bezirksamt Bogen in Niederbayern. In den 1920er Jahren war er Bürgermeister von Mitterfels und Landtagsabgeordneter des Bayerischen Bauernbunds gewesen. http://de.wikipedia.org/wiki/Johann_Wartner (Abruf 17.10.2009). Vgl. SCHWARZ, *Adenauer* (wie Anm. 52), S. 630; WEBER, *Die Bundesrepublik* (wie Anm. 1), S. 182 (hier unzutreffend: Wartinger).

worden; es gab keine einzige auf den Unionsparteien und der FDP beruhende Regierungsbildung.⁵⁵

Adenauer passte mit seiner historischen Entscheidung für die Westintegration die Bundesrepublik Deutschland den zwingenden neuen Rahmenbedingungen des Ost-West-Konflikts und damit der Nachkriegs-Weltpolitik ein. Er wollte Sicherheit für Westdeutschland, aber auch neues Vertrauen bei den westlichen Demokratien erringen. Ludwig Erhards erfolgreiche Wirtschaftspolitik konnte vor diesem politischen, die Menschen auch psychologisch beeindruckenden Hintergrund erst gelingen. Der große Gegensatz zwischen Regierungs- und Oppositionsparteien verlief bis Mitte/Ende der 1950er Jahre entlang dieser außen- wie innenpolitischen Hauptkonfliktlinien. Daraus resultierte als eine Art Grundmuster, das das politische Leben der frühen Bundesrepublik kennzeichnete, die Polarisierung zwischen einer starken Regierung und einer schon numerisch beachtlichen Opposition,⁵⁶ die im demokratischen Staat dadurch Stärkung fand, dass sie sich häufig der Unterstützung von Medien und Verbänden⁵⁷ erfreuen durfte. Nach einer neuen Untersuchung waren im 1. Bundestag (1949–1953) erstaunlicherweise bei der Verabschiedung von Gesetzesvorlagen die regierenden größten Parteien, die Unionsfraktion und die FDP, die „wichtigsten Kooperationspartner“ der stärksten Oppositionspartei, der Sozialdemokraten.⁵⁸ Dies geschah, obwohl die SPD programmatisch in vieler Hinsicht den anderen Oppositionsparteien näher stand als etwa den regierenden Unionsparteien. Parlamentarische Kooperation und demokratische Opposition schlossen einander also nicht aus.

Eine formale Ursache von anerkannter Bedeutung für die Konzentration des Parteiensystems war die Fünf-Prozent-Sperrklausel. Sie schrieb erst bei der zweiten Bundestagswahl von 1953 einer Partei den Gewinn von 5 % der Stimmen im gesamten Bundesgebiet vor, um im Bundestag vertreten zu sein, während es 1949 ausgereicht hatte, in einem der Bundesländer die Hürde von 5 % zu überspringen. Außerdem wurde ab dem 1. Januar 1952 die für den Fraktionsstatus im Bundestag vorgeschriebene Abgeordnetenzahl von zehn auf 15 Mandate erhöht. Deshalb schlossen sich die Bayernpartei, die Deutsche Zentrumspartei und der Südschleswigsche Wählerverband zur Fraktion der Föderalistischen Union zusammen. Beide Regelungen, auch die Ausdehnung der Sperrklausel, standen eigentlich im Gegensatz zu dem von den Unionsparteien

55 GNISS, *FDP. Freie Demokratische Partei* (wie Anm. 22), S. 47 Anm. 33.

56 Winfried BECKER, *Der Einfluß der Unionsparteien auf die politische Ordnung der Bundesrepublik Deutschland*, in: Emiel LAMBERTS (Hg.), *Christian Democracy in the European Union [1945/1995]. Proceedings of the Leuven Colloquium, 15.–18.11.1995*, Löwen 1997, S. 225–241.

57 Vgl. Martin SEBALDT, *Organisierter Pluralismus. Kräftefeld, Selbstverständnis und politische Arbeit deutscher Interessengruppen*, Opladen 1997, S. 189f., S. 241–335.

58 KRANENPOHL (wie Anm. 2), S. 85–90.

theoretisch hochgehaltenen Föderalismus. Danach blieb den kleineren Parteien nur übrig, Wahlvereinbarungen mit den von ihnen bevorzugten größeren zu treffen, um Direktmandate zu erringen und so trotz der Fünf-Prozent-Hürde eigene Abgeordnete in den Bundestag zu bringen. Solche Wahlbündnisse schloss die CDU mit der DP und dem Zentrum ab. Auf lange Sicht hat die Fünf-Prozent-Klausel die Aufspaltung der deutschen Parteienlandschaft nicht verhindern können.

Die Vertreter der 1968er Revolution erhoben heftige öffentliche Anklagen gegen die angeblich reaktionären und restaurativen Parteien der Nachkriegszeit. Sie verkannten die staatstragende Bedeutung des in der frühen Geschichte der Bundesrepublik erreichten Konzentrationsprozesses und des damit einhergehenden, wenn auch zunehmend gefährdeten politischen Grundkonsenses. Es war nur zu einer ‚hinkenden‘ Wiederherstellung des weltanschaulichen Parteiensystems gekommen. Dieses wurde zusätzlich den technischen und strukturellen Fortschritts- und Wandlungsprozessen der (zweiten) Nachkriegsgesellschaft unterworfen, in denen die Parteien sich bewegten und die sie mit in Gang setzten. Die neue Bereitschaft zu einer möglichst breiten Vertretung materieller Interessen bis hin zu einem so vorher nie gekannten Aus- und Umbau der sozialen Sicherungssysteme begann – nach einigen Vorläufern – mit der Rentenreform („Dynamische Rente“) von 1957⁵⁹ und endete mit steuerfinanzierten Transferleistungen, die schließlich einen Löwenanteil am Staatshaushalt beanspruchten. Wegen dieser Wandlungsprozesse lassen sich die eingefahrenen Kategorien einer eher zur Vergangenheit oder zu Diktaturen passenden Parteiengeschichtsschreibung der Darstellung der Unionsparteien schwerlich zugrunde legen. „Konfessionelle Querelen“, die angebliche „Sammlung des bürgerlichen Lagers“ oder gar die „Blockbildung rechts von der SPD“⁶⁰ sind zur Charakterisierung des Wirkungskreises der Unionsparteien nur sehr begrenzt aussagekräftig. CDU und CSU waren als Volksparteien Neuerscheinungen, die, abgesehen von einem Vorläufer wie der Zentrumspartei, außerhalb der deutschen Parteitradition standen. Sie waren inhaltlich komplett geschieden von jenen ersten Tendenzen zu Groß- oder Volksparteien, die sich in der Koalitionsbereitschaft der nationalen Konservativen oder der Linksliberalen mit der Mehrheitspartei SPD 1918/19 gezeigt hatten. Sie bildeten erst recht keine Auffangbecken für die Rechtsextremen oder die früheren Anhänger des Nationalsozialismus.

Das von den Unionsparteien im Parlamentarischen Rat zunächst favorisierte relative Mehrheitswahlrecht nach englischem Vorbild ließ sich gegen innerpar-

59 Hans Günter HOCKERTS, *Sozialpolitische Entscheidungen im Nachkriegsdeutschland. Altierte und deutsche Sozialversicherungspolitik 1945 bis 1957*, Düsseldorf 1980.

60 Frank BÖSCH, *Die Adenauer-CDU. Gründung, Aufstieg und Krise einer Erfolgspartei 1945–1969*, Stuttgart/München 2001, S. 73ff., S. 109ff., S. 139ff.

teiliche Hemmnisse und den Widerstand der SPD und der FDP nicht durchsetzen, sodass am 24. Februar 1949 ein „personalisiertes Verhältniswahlrecht“ beschlossen wurde. Es wurde aber kombiniert mit der Mehrheitswahl für die Hälfte der Abgeordneten (1949 40 : 60, 1953 50 : 50). Überhangmandate für die in den Wahlkreisen der Länder gewonnenen Direktmandate wurden zugelassen.⁶¹ Ein Mehrheitswahlrecht hätte schwerlich die Gefahr einer Parteidiktatur heraufbeschworen, lagen doch in der „Differenzierung der Entscheidungsebenen“, im Verbändebereich wie auf der Ebene des staatlichen Föderalismus,⁶² genügend Widerlager gegen einen etwaigen Einparteiensstaat oder die Vorherrschaft eines Bürgerblocks.

Der Rechts- und Linksextremismus nahm in Bonn, anders als in Weimar, keine den Staat gefährdenden Ausmaße an. Die rechts- und linksradikalen Parteien kehrten bei einer Wahlbeteiligung von 86 % schon nicht mehr in den 2. Bundestag von 1953 zurück, für Adenauer ein Beweis dafür, dass „das deutsche Volk bei den Wahlen ein hohes Maß an politischer Reife und politischer Urteilskraft bewiesen“ habe.⁶³ Die KPD war wegen der im kommunistischen Ostdeutschland herrschenden SED-Diktatur bei der Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung gründlich und auf Dauer diskreditiert. Der Rechtsextremismus konnte den durch den Untergang des Dritten Reiches herbeigeführten „historischen Bruch“ nicht überwinden und „hielt sich auf einem wenig systemgefährdenden Niveau.“⁶⁴ In der konkreten Arbeit des Bundestages trat die Außenseiterrolle der links- und rechtsextremistischen Parteien klar zutage. „Die Kooperation der Kommunisten mit den anderen Fraktionen war praktisch gleich null [...]“.⁶⁵

Viele Historiker sehen die lange Regierungszeit der Unionsparteien seit 1949, zumal die Ära Adenauer, überschattet von dem Autoritarismus des ersten

61 Wahlgesetze vom 15.6. und 5.8.1949, § 10; Bundeswahlgesetz von 1956 § 6. Vgl. Wolfgang SCHREIBER, *Handbuch des Wahlrechts zum Deutschen Bundestag. Kommentar zum Bundeswahlgesetz*, 7. neu bearb. u. erw. Aufl., Köln u. a. 2002, S. 213–216; WEBER, *Wähler* (wie Anm. 50), S. 102f.; Eckhard JESSE, *Wahlrecht zwischen Kontinuität und Reform. Eine Analyse der Wahlsystemdiskussion und der Wahlrechtsänderungen in der Bundesrepublik Deutschland (1949–1983)*, Düsseldorf 1985, S. 91–113; Erhard H. M. LANGE, *Wahlrecht und Innenpolitik. Entstehungsgeschichte und Analyse der Wahlgesetzgebung und Wahlrechtsdiskussion im westlichen Nachkriegsdeutschland 1945–1956*, Meisenheim am Glan 1975.

62 LEPSIUS, *Bundesrepublik* (wie Anm. 47), S. 34–37.

63 Konrad ADENAUER, *Die Erklärung der Bundesregierung vom 20. Oktober 1953*, in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hg.), *Deutschland im Wiederaufbau. Tätigkeitsbericht der Bundesregierung für das Jahr 1953*, Bonn o. J., S. 5–16, S. 5.

64 Uwe BACKES, *60 Jahre Extremismus in Deutschland*, in: Uwe BACKES/Eckhard JESSE (Hg.), *Jahrbuch Extremismus und Demokratie 20* (2008), S. 13–44, S. 14, S. 17, S. 19.

65 KRANENPOHL (wie Anm. 2), S. 89.

Bundeskanzlers.⁶⁶ Doch die Einbeziehung einer Perspektive der *longue durée* sollte davor warnen, einen Regierungsstil nur an der idealtypischen Elle der perfekten Demokratie zu messen. Adenauers oft autoritäres Handeln mag gewissermaßen historisch gerechtfertigt erscheinen, wenn man bedenkt, welchem Unheil die Weimarer Parteien die Bahn bereiteten, wenn sie ideologische oder parteitaktische Interessen in den Vordergrund stellten oder die Führungsverantwortung scheuten und den inneren Konsens nicht fanden, der zur Abwehr der sehr starken antidemokratischen Kräfte und Gegenentwürfe nötig gewesen wäre. Der Blick auf Adenauers Regierungsstil offenbart aber nur Teilaspekte der Wirklichkeit. Insgesamt vollzog sich schon während der Adenauer-Ära der 1950er Jahre eine „Fundamentalreform“ der deutschen Politik und Gesellschaft⁶⁷, eine „Wiederaufbau-Revolution“ (Martin Broszat). Sie war nicht nur eine Frucht der vielen privaten Initiativen, die aus „der durcheinandergeschüttelten deutschen Nachkriegsbevölkerung“ hervorgingen,⁶⁸ sondern auch der von den staatstragenden Parteien geleisteten Bündelung der politischen Entscheidungen – kein Weimarer Modell mehr. Anders als der Weimarer Staat wurde die Bundesrepublik nicht mit dem Sturz eines vorangegangenen Staatswesens intern belastet, d. h. zu ihren Ungunsten an einem angeblich besseren Vorgänger gemessen, sondern gewann als demokratischer Staat Ansehen bei ihren Bürgern, weil sie den Aufstieg aus der Katastrophe des Dritten Reiches verkörperte. Sie entfaltete ein verlässliches demokratisches Parteienspektrum, während sich die Weimarer Koalition aus SPD, Zentrum und Linksliberalen dem Ansturm der der Republik feindlich oder fremd gegenüberstehenden Kräfte nicht gewachsen gezeigt hatte.⁶⁹ Auch brachten viele Führungskräfte und darüber hinaus eine ganze Anzahl politisch tätiger Frauen und Männer aus dem zweiten und dritten Glied bei den verschiedenen Parteien ihren christlichen Glauben, ihre erprobten Loyalitäten und ihre Erfahrungen

66 Vgl. Udo WENGST, *Staatsaufbau und Regierungspraxis 1948–1953. Zur Geschichte der Verfassungsorgane der Bundesrepublik Deutschland*, Düsseldorf 1984, S. 292–295, aber auch die Beiträge von wichtigen Zeitzeugen (Rainer Barzel), die die „demokratische politische Führung“, die Adenauer gegenüber dem Kabinett und der Unionsfraktion praktiziert habe, hervorheben. Hans-Peter SCHWARZ (Hg.), *Konrad Adenauers Regierungsstil* (Rhöndorfer Gespräche, Bd. 11), Bonn 1991, S. 48ff.; Adenauers Diskurskunst dokumentiert bei Günter BUCHSTAB (Bearb.), *Adenauer: „Es mußte alles neu gemacht werden.“ Die Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1950–1953*, 2. Aufl., Stuttgart 1986 (mit den Folgebänden).

67 Hans-Peter SCHWARZ, *Reformimpulse in den neunziger Jahren oder: Der Reformier Helmut Kohl. Beobachtungen und Fragen*, in: *Historisch-Politische Mitteilungen* 17 (2010), S. 247–268; die umfangreiche Literatur zu dieser Problematik ist angeführt bei MORSEY, *Bundesrepublik* (wie Anm. 32), S. 48, S. 118, S. 207f.; vgl. auch Anselm DOERING-MANTEUFFEL, *Die Bundesrepublik Deutschland in der Ära Adenauer. Außenpolitik und innere Entwicklung 1949–1963*, 2. Aufl., Darmstadt 1988.

68 Martin BROSZAT, *Einführung*, in: *Nachkriegsgesellschaften* (wie Anm. 47), S. 12.

69 Fritz Rene ALLEMANN, *Bonn ist nicht Weimar*, Köln/Berlin 1956, S. 15, S. 428–434.

aus der ersten Republik in die politische Neugestaltung ein. Das Eingreifen der Westalliierten sorgte zudem dafür, dass wiederbelebte Traditionen des deutschen Parteiwesens eine Synthese mit dem westeuropäisch-angloamerikanischen Parteien- und Parlamentsverständnis eingingen.⁷⁰ Es wäre schlimm, diese politische Kultur durch einen Rückfall in das von Radikalismen zersetzte Weimarer Parteiensystem zu verspielen und wiederum einer – nunmehr anders maskierten – inneren Aushöhlung der Demokratie zu erliegen.

⁷⁰ Michaela RICHTER, *The Basic Law and the Democratic Party State. Constitutional Theory and Political Practice*, in: Detlef JUNKER/Manfred E. BOEMEKE/Janine MICUNEK (Hg.), *Cornerstone of Democracy. The West German Grundgesetz, 1949–1989* (Occasional Paper 13), Washington D. C. 1995, S. 37–71.